



GVK-CH - 50 Jahre schweizerische Gesamtverkehrs-Politik
Jubiläumsanlass im Verkehrshaus der Schweiz vom 30.3.22

Schrittweise schweizerische Gesamtverkehrspolitik seit 1977 bis heute

Autor Dr. Christian Furrer

Überblick

1

Die direkte, strukturierte Umsetzung der GVK als Koordinierte Verkehrspolitik ist 1988 gescheitert

2

Die pragmatische Umsetzung der 40 GVK-Empfehlungen beweist deren hohe Qualität

3

Schwerpunkte der Umsetzung 1977-2018

3.1

Zur Gliederung des Verkehrssystems: Ziele der Erschliessung (**GVK 4-8**)

3.2

Zur Finanzierung des Verkehrssystems: zwei Fonds (**GVK 20-24**)

3.3

Zum Wettbewerb im Verkehr: LSVA (**GVK 17-19**)

3.4

Aufgaben der SBB: unternehmerische Freiheit (**GVK 25-27**)

3.5

Aufgaben der konzessionierten Transportunternehmungen (**GVK 28-30**)

3.6

Zur Reorganisation der Bundesverwaltung: Zusammenfassung aller Verkehrsämter im EVED (**GVK 36-40**)

4

Lücken der GVK

Kontaktadressen

Geschäftsstelle SVI, Vadianstrasse 37, 9001 St. Gallen, info@svi.ch, 071 222 46 46 /Christian Furrer, familie.furrer@gmx.ch

1

Die direkte, strukturierte Umsetzung der GVK als Koordinierte Verkehrspolitik ist 1988 gescheitert

Am 12. Juni 1988 lehnen Volk und Stände die Verfassungsvorlage Koordinierte Verkehrspolitik (KVP) ab.

4 Kantone Ja, 22 Kantone Nein

797 955 Ja, 955 300 Nein

Direkte, strukturierte Umsetzung (GVK 31-34) meinte:

- Inkraftsetzung der Verfassungsartikel
- Allgemeines Verkehrsgesetz

2

Die pragmatische Umsetzung der GVK-Empfehlungen beweist deren hohe Qualität

Sie erfolgte pragmatisch, fallweise, über einen Zeitraum von rund 40 Jahren

Initianten der Umsetzung waren vor allem die Ämter des EVED-UVEK, aber auch Ämter des Eidg. Finanzdepartements EFD

Politisch verantwortlich für die Umsetzung waren die Bundesräte Leon Schlumpf, Adolf Ogi, Moritz Leuenberger, Kaspar Villiger und Bundesrätin Doris Leuthard

Fazit:

- Und die GVK-Bibel hatte doch Recht!
- In jeder Niederlage steckt ein Saatkorn des Erfolges!
- „Erfolg durch die Hintertür“ (Wolf Linder, Politologe)

3

Schwerpunkte der Umsetzung 1977-2018

3.1

Zur Gliederung des Verkehrssystems: Ziele Erschliessung (**GVK 4-8**)

- Verbindung der Landesteile und Regionen untereinander: Neue Haupttransversale NHT Ost-West

- Gleichmässige Basis-Erschliessung der Kantone im Verkehr

Umsetzung

1986 Botschaft zu Bahn 2000: Bundesrat Schlumpf, Bundesrat Ogi

(1. Etappe bis 2004)

1985: Transportgesetz: von der öffentlichen Hand verlangte Zusatzleistungen im Fahrplan sind zu vereinbaren

3.2

Zur Finanzierung des Verkehrssystems: zwei Fonds (**GVK 20-24**)

Umsetzung

1. Fonds für den Strassenbau (Nationalstrassenbau)

Einen Fonds für den Nationalstrassenbau gab es schon lange („Treibstoffzoll-Kasse“).

2018: Nationalstrassen- und Agglomerations-Fonds (NAF): Bundesrätin Leuthard

- Bau, Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen

- Mitfinanzierung von Projekten des Agglomerationsverkehrs

2. Fonds für den öffentlichen Verkehr

1998: Fonds FinöV

- Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs: Bundesräte Leuenberger und Villiger

Kontaktadressen

Grossprojekte für 30 Milliarden Franken

2016: Bahninfrastrukturfonds (BIF)

- Bau, Betrieb und Unterhalt der Eisenbahn-Infrastruktur: Bundesrätin Leuthard

3.3

Zum Wettbewerb im Verkehr: LSVA (**GVK 17-19**)

- Leistungsgerechte Abgabe für den Schwerverkehr auf der Strasse

- Liberalisierung im Verkehr, u.a. im Schienengüterverkehr

Umsetzung

1. Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)

1994: Verfassungsgrundlage. Bundesrat Ogi

1998: Bundesgesetz. (1,5 Mia Fr. pro Jahr). Bundesrat Leuenberger

2000: Landverkehrsabkommen mit der EG (Anerkennung). BR Leuenberger

2. Ausschreibungen von Linien im bestellten regionalen Busverkehr (RPV)

3.4

Aufgaben der SBB: unternehmerische Freiheit (GVK 25-27)

- Rollenwechsel des Staates vom Defizitdecker zum Besteller von Leistungen

- Freiheit für die SBB insbesondere im Personenfernverkehr

Umsetzung

1996 Regionaler Personenverkehr (RPV): Bestellerprinzip Bund/Kantone

Anteil des Bundes: 1 Milliarde Franken (Personenbeförderungsgesetz)

1981/1987: Leistungsaufträge an die SBB

Ab 1999: Strategische Ziele des Bundesrates für die SBB

Personenfernverkehr. Rendite als Zielvorgabe

1999: Bahnreform. SBB als Aktiengesellschaft

Kontaktadressen

3.5

Aufgaben der konzessionierten Transportunternehmungen (**GVK 28-30**)

- Regionaler Personenverkehr: Bestellerprinzip
- Zusammenarbeit der Unternehmungen in regionalen Einheiten

Umsetzung

1996: Bestellerprinzip im regionalen Personenverkehr (RPV) auf Schiene und Strasse (RPV mit Erschliessungsfunktion)

1400 Linien, 114 beteiligte Transportunternehmungen

Nicht zum RPV zählen der Ortsverkehr, der Fernverkehr und der Ausflugsverkehr.

Zusammenarbeit der Unternehmungen:

1984/2004: 20 Tarifverbände, S-Bahnsysteme

3.6

Zur Reorganisation der Bundesverwaltung: Zusammenfassung aller Verkehrsämter im EVED (GVK 36-40)

Umsetzung

1984: Das Amt für Strassenbau ASB kommt vom EDI ins EVED. Bundesrat Schlumpf

1998: Die Abteilung Strassenverkehr kommt vom EJPD (BAP) ins Amt für Strassen ASTRA-EVED. Bundesrat Leuenberger

1998: Das Bundesamt für Raumplanung kommt vom EJPD ins EVED. Bundesrat Leuenberger

1998: Das Bundesamt für Umweltschutz kommt vom EDI ins EVED, das deswegen zum UVEK (Umwelt, Verkehr...) wird. Bundesrat Leuenberger

4

Lücken der GVK

- Es fehlt eine Neue Eisenbahn-Alpentransversale NEAT

1985 wurde sie mit dem Weissbuch Delors zum europäischen Binnenmarkt auf 1992 (4 Freiheiten: Freier Güterverkehr) aktuell.

40-Tonnen-Lastwagenkorridor Nord-Süd durch die Alpen?

1986 veranlasst Bundesrat Schlumpf Vorarbeiten, ab 1988 treibt Bundesrat Ogi das Projekt voran. Bundesbeschluss 1991

- Nicht absehbar war 1977 der grosse Einfluss der Europäischen Gemeinschaft EG/EU auf den Verkehr-Transitverkehr.

Beispiel: Liberalisierung des Güterverkehrs auf Schiene und Strasse,

„Free Access“ im Güterverkehr auf der Schiene, mit Trasseevergabe usw.

Transitabkommen 1992 mit der EG (Bundesrat Ogi)

Landverkehrsabkommen 2000 mit der EU (BR Leuenberger)

Autor Christian Furrer

Dr. jur.; 1970-1981 Direktionssekretär der Bundeskanzlei. 1982-1993 stv. Generalsekretär. 1994-1996 Generalsekretär des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED), heute UVEK. 1996-2005 Direktor des Bundesamts für Wasser und Geologie.